



Dialogtisch 2013

■ Die ersten Dialogtische wurden nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 in den Niederlanden entwickelt. Die Initiatoren der Tische wollten aufkommender Fremdenfeindlichkeit gegen muslimischen MitbürgerInnen entgegenreten und durch persönliche Gespräche »im Dialog« mit Nachbarn, Kollegen und Bekannten bleiben.

Vor wenigen Jahren organisierten Schulen, Kirchengemeinden, Vereine, Verbände und Gewerkschaften erste Dialogtische in der Bundesrepublik. In diesem Jahr beteiligten sich allein in Duisburg über 40 Initiatoren mit eigenen Tischen an dem Projekt.

Erstmals veranstaltete auch unsere Ratsfraktion einen Dialogtisch im Stadtteil Duisburg-Hochfeld. Der Einladung folgten 12 Gäste, die aus Bulgarien zugewandert sind. Sie berichteten von ihren Erfahrungen und Erlebnissen im Duisburger Alltag.

Mit dabei war auch **Erkan Kocalar, Mitglied der Ratsfraktion DIE LINKE und Bürgermeister der Stadt Duisburg**, der im nachfolgenden Interview ein erstes Fazit zieht.



Die Linksfraktion führte zum ersten Mal einen »Dialogtisch« durch. Was war der Anlass für diese Entscheidung?

Nachdem der Rat ein Konzept für die Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa erstellt hat, sind nun praktische Schritte gefragt. Wir haben bereits mehrere Rundgänge durch Hochfeld unternommen und mit AnwohnerInnen und Gewerbetreibenden gesprochen. Für uns ist wichtig, dass wir nicht über die Menschen reden sondern mit ihnen, um ihre Probleme objektiv beurteilen zu können.

Welchen Eindruck hattest Du von den Schilderungen der Alltagssituationen der Gäste?

Einzelne Schicksale haben uns sehr beeindruckt. Beschrieben wurden dramatische Lebensumstände wie

das Wohnen von 7 Personen in einer 2-Zimmer-Wohnung. Viele Vermieter in Hochfeld fordern überhöhte Mieten. Eine neunjährige Schülerin schilderte uns ihren Schulalltag, wie sie von MitschülerInnen gehänselt wurde – wo sie aber auch Freundschaften schließen konnte. Ein Gast berichtete von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen, in denen er für die geleistete Arbeit von 600 Stunden über zwei Monate nur 600 Euro Lohn bekam.

Mit welchen Erwartungen kamen die Gesprächsteilnehmer nach Duisburg?

Unsere Gäste leben hier mit ihre Kindern und Enkeln. Sie wollen in Duisburg bleiben und ein menschenwürdiges, normales Leben führen. Ihre soziale Lage in Bulgarien und Rumänien bietet ihnen keine Möglichkeit,

aus der Armut herauszukommen. Sie wünschen sich einen geregelten Schulbesuch für ihre Kinder, gesundheitliche Grundversorgung und ein Arbeitseinkommen, von denen sie leben können.

Wie würdet ihr den ersten Dialogtisch der Ratsfraktion bewerten. Wird es im nächsten Jahr wieder einen Tisch geben?

Wir sehen den ersten Dialogtisch sehr positiv und werden uns auch im nächsten Jahr wieder am Projekt beteiligen. Als nächste Schritte werden wir praktische Hilfe organisieren wie das Sammeln von Spielzeug und Kinderbüchern. Eine weitere Idee war, Kinder und Jugendliche aus den Zuwandererfamilien zu einem gemeinsamen Besuch der Kinder- und Jugendbibliothek in die Zentralbibliothek einzuladen.

Welches Signal sollte die Kommunalpolitik von den Dialogtischen aufgreifen?

Die Alltagsschilderungen haben klare Signale gesandt. Zusammenfassend sind alle Fraktionen aufgefordert, im Dialog mit den Menschen zu bleiben und sich im Rat und in den Fachausschüssen für ein menschenwürdiges Leben der Neuzuwanderer einzusetzen.

NS-Dokumentationszentrum kommt

Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie



von **Barbara Laakmann**
Ratsfrau DIE LINKE Duisburg

■ Nach jahrelangen Diskussionen in verschiedenen Gremien war es dann am 11.11.2013 endlich soweit: Im Rat der Stadt wurde die Drucksache mit großer Mehrheit beschlossen. Es wird im ersten Schritt im Stadtarchiv die »Denkstätte für Erinnerungskultur« eingerichtet. Dazu werden Eingang, Foyer und der Seminarraum so umgebaut und eingerichtet, dass sie zum Besuch einladen und einen angemessenen Rahmen bilden. Es werden Biografien verschiedener Menschen aus Duisburg in vielfältigen Medien präsentiert. Sie waren Opfer der Nationalsozialisten als Widerständler, aus politischen Gründen, aus kirchlichen Kreisen, aus rassistischen Gründen. Die vielen Materialien, die es dazu an verschiedenen Stellen in Duisburg bereits gibt, können zusammengetragen und in ein stimmiges Konzept historisch und

pädagogisch eingebunden werden. Das beschlossene Konzept betont ausdrücklich, dass ein Netzwerk geschaffen werden soll, um die bestmögliche Aufarbeitung zu garantieren. »Wichtig wird auch die Zusammenarbeit mit der Generation der heute 70- bis 90-Jährigen sein, die als Kinder die NS-Diktatur und den Krieg selbst erlebt haben und die von ihre Erfahrungen und Einschätzungen berichten können. Eine weitere Aufgabe des Denkstätte wird es daher sein, Gespräche mit Zeitzeugen zu organisieren und zu begleiten. Gleiches gilt für die vielfältigen Initiativen in Duisburg, die sich mit der Geschichte, den Ursachen und den Folgen des Nationalsozialismus befassen, die die Geschichte erforschen und aufarbeiten, die sich stark machen für Verständigung und Versöhnung.«

Unsere Fraktion wird bei allen Stufen der Umsetzung des Konzeptes genau darauf achten, dass die Einmaligkeit der Verbrechen des Nationalsozialismus nicht verwässert wird. Wir werden nicht zulassen, dass die Opfer

aus heutiger Sicht relativiert oder an den Rand gedrängt werden.

So müssen auch hohe Maßstäbe an die Personen gelegt werden, die das Konzept umsetzen. Sie können den Stellenwert von Geradlinigkeit und Mut vermitteln helfen oder eben auch nicht. So muss sicherlich die von der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten) liebevoll erstellte Dauerausstellung in der Denkstätte einen angemessenen Platz finden. Es waren Antifaschisten wie Bruno Bachler und Karlheinz Winstermann, die diese Ausstellung zunächst ausschließlich aus eigener Kraft ohne offizielle Unterstützung organisierten.

Sicher dürfen aktuelle Situationen von Unterdrückung, Ausgrenzung, Flucht nicht außer Acht gelassen werden. Rassistische Ansätze müssen als solche erkannt und bekämpft werden, das ist keine Frage.

Eine ausführliche Beschäftigung mit der Nazi-Vergangenheit schärft den Blick, sie ist unerlässlicher Baustein

im schulischen und außerschulischen Bildungsprozess. Die Bekämpfung des Faschismus in seinen vielen Spielarten ist ein Prozess, der uns alle fordert.



Neuzuwanderung
Integration und Gleichstellung statt
Ausgrenzung und Rassismus

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

Die Broschüre ist in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg, Gravelottestr. 28, kostenlos erhältlich.

Umwelttage 2014

■ Die nächsten Umwelttage werden in Duisburg unter dem Motto »Umweltbildung für eine Nachhaltige Entwicklung« in der Zeit vom 05.-21. Juni 2014 stattfinden. Bereits in der Vergangenheit haben viele SchülerInnen sich im Sinne von Umweltbildung und Nachhaltigkeit aktiviert. So haben sich Duisburger Schulen mit Projekten zum Energiesparen, Schulgartengestaltung oder Artenvielfalt und einiges mehr eingebracht. Bis zum 7.4.2014 können sich jetzt Interessierte mit Ideen und Veranstaltungsvorschlägen im Duisburger Umweltamt melden.

CO-Pipeline

■ Anfang November fand in Essen eine Anhörung zur umstrittenen Kohlenmonoxid-Pipeline des Chemiekonzerns Bayer statt. Gegner des Projektes und Vertreter von Bayer hatten Gelegenheit, ihre Meinungen zu der 67 Kilometer langen Rohrleitung auszutauschen. Proteste und Gerichtsverfahren begleiten seit Jahren das Projekt. Diesmal ging es um nachträgliche Planänderungen beim Bau der Gasleitung. Die Pipeline-Gegner äußerten sich nach der Anhörung zufrieden. »Bayer könne nun nicht mehr an seiner Aussage festhalten, die Leitung entspreche allen rechtlichen Vorgaben.« Die Aufgabe der Bezirksregierung ist es jetzt, die eingebrachten Beiträge zu prüfen und nach Abwägungen aller Belange, eine Entscheidung zu treffen. Das werde mehrere Monate in Anspruch nehmen, so die Bezirksregierung.

Stillgelegte Zechen

■ Seit langem warnt der BUND vor hochgiftigem Sondermüll, der in den stillgelegten Zechen im Ruhrgebiet lagert. Aktuell liegt jetzt ein Gutachten vor, das ein vom Bergbau geschädigter Landwirt aus Bergkamen in Auftrag gegeben hat. Das bestätigt, dass mehr als 700.000 Tonnen hochtoxischer Filterstäube aus Müllverbrennungs- und Industrieanlagen in den Schächten, z. B. in Walsum, lagern. Mittlerweile hat auch die Landesregierung reagiert. Sie will jetzt einen unabhängigen Gutachter einsetzen, um vor allem zu klären, ob aktuell oder zukünftig eine Gefährdung des Grund- und Oberflächenwassers im Einzugsbereich der stillgelegten Steinkohlebergwerke zu befürchten ist.

Guter Rat ist teuer

Gekürzte Fassung der Haushaltsrede 2014 von *Martina Ammann*, Vorsitzende der Linksfraktion am 11.11.2013



Neue Perspektive für den Rat?

■ Die Haushaltslage in Duisburg ist dramatisch. Mit der Erhöhung der Grundsteuer B im letzten Haushalt konnten wir dringende Ausgaben sicherstellen und brauchen nicht über weitere Kürzungen und Gebührenerhöhungen reden. Der Haushaltssanierungsplan, die jährlichen Hilfen des Landes aus dem Stärkungspaktgesetz und unsere eigenen, enormen Anstrengungen geben uns einen Spielraum für die kommunale Selbstverwaltung.



Unsere Handlungsspielräume sind sehr eng. Zinsschwankungen und Verschlechterungen der Wirtschaftskonjunktur können die Haushaltsplanung gefährden. Aktuelle Probleme, Fehler und Fehlentwicklungen aus der Vergangenheit auf Bundes-, Landes-, und kommunaler Ebene drohen uns immer wieder einzuholen. Wir schauen deshalb sehr kritisch auf die z.Zt. stattfindenden Koalitionsverhandlungen in Berlin und erwarten klare Signale für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen. Auch im kommenden Haushaltsjahr haben wir viele »Baustellen«. Nicht nur die Löcher in unseren Straßen und alte Brücken, sondern weitere Themen wie der U-3-Ausbau, die Zuwanderung aus Südosteuropa, die hohen Herausforderungen für Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Kultur und Verwaltung, der große Investitionsbedarf der DVG, die allgemeine Stadtentwicklung, usw.

Die Linksfraktion lehnt Privatisierungen ab, weil wir die öffentliche Daseinsvorsorge erhalten wollen. Mit Privatisierungen wie z.B. die des Klinikums in 2007 gehen wichtige demokratische Steuerungselemente verloren, nötigste Dividendenzahlungen bleiben aus. Wir müssen dafür

sorgen, dass städtische Beteiligungsbetriebe effizient und kompetent geführt werden. Wir wollen nur daran erinnern, dass die Kooperation die Rechtsformänderung bei der Gebag durchgesetzt hat, um die Rechte des Rates zu stärken usw. Wir bewerten die erfolgte, rückläufige Verschuldung im städtischen Haushalt als positiv, sehen aber auch die Schmerzgrenzen auf dem weiteren Weg.

Für die Einführung des Sozialpasses

Wir setzen uns nachdrücklich für die Teilnahme aller Duisburgerinnen und Duisburger am sozialen und gesellschaftlichen Leben ein, unabhängig von ihrem Geldbeutel.

Im Rahmen unserer Kooperation mit SPD und Grünen haben wir in 2014 die Einführung des Sozialpasses für Menschen mit Niedrigeinkommen eingebracht. Auch bezahlbare Mobilität mit Bus und Bahn ist für alle Bürgerinnen und Bürger notwendig; das aktuelle Sozialticket ist zu teuer für Menschen, die mit jedem Cent rechnen müssen. Hier muss das Land dringend nachbessern.

Wir sehen auch in Duisburg neue Altersarmut auf uns zukommen. Bezahlbare Energie ist nicht für alle selbstverständlich. Wir möchten Lösungen, die allen DuisburgerInnen Zugang zu Energie sichern und die wirtschaftliche Grundlage für die Stadtwerke gewährleisten.

Wir wollen der Belastung des Haushaltes durch dramatische finanzielle Entwicklungen bei städtischen Beteiligungsgesellschaften weiter gegensteuern. Wir brauchen ein besseres Controlling und »Frühwarnsystem« durch das Amt für Beteiligungen und

den Rechnungsprüfungsausschuss, wenn sich in städtischen Tochterunternehmen Probleme entwickeln. So hat sich die Situation am Klinikum nicht verbessert. Die dringend benötigte Dividendenzahlung in den städtischen Haushalt bleibt aus. Wir halten das Agieren des Sanakonzerns für ungeeignet, die Interessen der Stadt zu sichern. Wir brauchen eine Vertragsrevision.

Im Konzern Stadt Duisburg gibt es eine enorme Personalknappheit in einzelnen Bereichen, mit hohen Belastungen für MitarbeiterInnen und BürgerInnen. Über das HSP sollen durch Nutzung der altersbedingten und freiwilligen Fluktuation bis 2021 ca. 680 Stellen wegfallen. Wir halten dies nur für möglich, wenn zusammen mit der Personalvertretung ein schlüssiges Personalentwicklungskonzept erstellt wird. Mit dem beschlossenen Ausbildungs- und Übernahmekorridor gibt es dazu bereits einen wichtigen Baustein. Die vermehrte Ausbildung und Übernahme von Migranten bleibt für uns unverzichtbar. Die Linksfraktion hält an der Kooperation fest und stimmt dem Haushalt 2014 sowie der Fortschreibung des Sanierungsplans zu.

Impressum

Herausgeberin
DIE LINKE Ratsfraktion Duisburg,
Gravelotestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon: 0203 / 9 30 86 93
Fax: 0203 / 9 30 86 94
buero@linksfraktion-duisburg.de

V.i.S.d.P.: Thomas Keuer, Mitglied des Fraktionsvorstandes (Anschrift wie Herausgeberin)

Auflage
15.000

Satz
der bugaj, Duisburg

Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin

GMVA: Der Müll-Schlamassel

Riskante Finanzierung droht Betreiber-Kommunen einzuholen



von Dr. Detlef Feldmann
für die Linksfraktion im Umweltausschuss



und Hermann Dierkes
stellvertretender Sprecher der Ratsfraktion DIE LINKE

■ BürgerInnen können sich schon empören, wenn sie in Duisburg oder Oberhausen für die Verbrennung ihres Hausmülls mehr als das Dreifache des Marktpreises zahlen müssen. Und die Oberhausener CDU macht damit auch schon heftig Kommunalwahlkampf. Wucher? Abzocke? Wenn das nur so einfach wäre. Die Ursachen liegen weit zurück. Große Ratsmehrheiten hatten den Weichenstellungen 2000/01 zugestimmt. Ein Ausweg aus dem Schlamassel scheint vorerst kaum möglich.

Auf Betreiben der damaligen Landesregierung (namentlich Umweltminister Matthiesen) und der Industriobby wurden die Kommunen in den 90er Jahren zum Bau von Müllverbrennungsanlagen gedrängt. Das schrittweise Ende der unbehandelten Deponierung und weiter anwachsende Müllmengen zwängen zur sog. »thermischen Verwertung«.

Diese Politik wurde von der Umweltbewegung massiv kritisiert (»Vermeiden, vermindern, verwerten« als Alternative). Sie behielt recht. Die »Müll-Pyromanie« führte zusammen mit sinkenden Müllaufkommen, fortschreitender Wertstofftrennung usw. zu massiven Überkapazitäten, Mülltourismus, Millionenverlusten, Verschuldung der kommunalen Gesellschaften und überbeurten Gebühren.

Die Gemeinschaftsmüllverbrennungsanlage (GMVA) Duisburg-Oberhausen stand Ende der 90er Jahre mit rd. 600 Mio. DM in der Kreide. Nachdem Versuche gescheitert waren, mit Düsseldorf und Solingen eine erweiterte kommunale Betreibergesellschaft zu bilden, holte man 2001/02 für die Anlage in Oberhausen-Lirich die Rethmann/Remondis-Gruppe mit 49 % ins Boot. Ein Erfolg war die hohe Auslastung – aufgrund massivem, aber alles andere als umweltgerechtem Mülltourismus (GB, NL, B usw.).

Duisburg hält seitdem noch 35,8 % der Anlage. Schuldentilgung und Zinslast für Modernisierung und Ausbau wurden für 20 Jahre von der GMVA an eine kreditierende Bank abgetreten (sog. Forfaitierung). Garantieren müssen die Städte. Auch bei einer Insolvenz, müssten sie weiter löhnen. »Zwischen den Städten und der GMVA wurde ein Entsorgungsvertrag geschlossen mit festgeschriebenen Verbrennungspreisen von zunächst 150 bis 170, ab 2011 dann 257 Euro



Paranormo/Rainer Liebe

pro Tonne bis 2020. Und es wurde eine Umschuldung mit einer Bank vereinbart, die ebenfalls bis 2020 läuft und mit etwa 140 Euro pro Tonne der Verbrennungskosten bedient wird. Diese Zahlung garantieren die beiden Städte« (NRZ v. 6.11.13).

Im Duisburger Rat sah als einzige die Vorläuferin der Linksfraktion (PDS-Offene Liste) das Ganze sehr kritisch und vertrat eine andere Lösung.

Das Modell ging so lange gut, als die Forfaitierungskosten (und mehr) erwirtschaftet werden konnten. Bis Bürger in Oberhausen und Duisburg klagten und in erster Instanz auch Recht bekamen. Hauptgrund des Verwaltungsgerichts, diese Preise für unzulässig zu erklären, war die Kalkulationsgrundlage der Gebühren. Nach dem öffentlichen Preisrecht dürfen

nur die Vorhaltekosten einfließen, die tatsächlich für die kommunalen Müllmengen benötigt würden, nicht aber für die sonstigen Mengen. Außerdem müssten die Gewinne aus dem Energieverkauf preismindernd angerechnet werden.

Die Preisaufsicht der Bezirksregierung Düsseldorf (2011 durch Oberhausen angerufen) hat sich bisher noch nicht dazu geäußert. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts steht noch aus. Von den forfaitierten Schulden sind derzeit lt. NRZ v. 6.11.13 noch 224 Mio. Euro offen, der Anteil Duisburgs beträgt 151 Mio. Euro.

Sollte ein letztinstanzliches Urteil die Preise für zu hoch halten, wollen die Duisburger Wirtschaftsbetriebe die entsprechende Differenz zwischen 2011 und 2013 zurückzahlen. Seit

2011 sind nur vorläufige Gebührenscheine ausgestellt worden. Den Betrag – er könnte zwischen 18 und 58 Mio. Euro liegen – müssten die Stadt bzw. die WBD von der GMVA zurückfordern. Eine massive Preissenkung (und Rückforderung) hätte allerdings die Insolvenz der GMVA mit dem Verlust von 200 Arbeitsplätzen zur Folge.

Weiterhin würden – wie erwähnt – allein für Duisburg bis 2020 unabwendbar jährliche Forfaitierungskosten in zweistelliger Millionenhöhe anfallen. Die bilanzielle Abschreibung der Anlage hätte fatale Folgen für die städtischen Haushalte in Duisburg und Oberhausen.

In dieser Notlage haben Gesellschafter, Aufsichtsrat und Rat beschlossen, durch die Neugründung einer Tochtergesellschaft wenigstens ab 2014 der Kalkulation nach dem öffentlichen Preisrecht zu entgehen. Modelle dafür bestehen bereits in Düsseldorf und Hamm. Der neue Preis soll zwar immer noch deutlich über dem Marktpreis liegen, aber gerade ausreichen, um die Insolvenz zu vermeiden und die Schulden zu bedienen. Außerdem müssten sich die beteiligten Städte zu einer evtl. Stundung der in den vergangenen Jahren zu viel gezahlten Entgelte bereit erklären.

Die Duisburger Linksfraktion hat am 11.11.13 der Lösung zugestimmt, um die Katastrophe zu vermeiden. Die politische Verantwortung für die Misere tragen aber diejenigen, die vor über 10 Jahren dem riskanten Spiel zugestimmt haben. Künftige GMVA-Verträge müssen verantwortbar und bürgerfreundlich gestrickt werden!



flickr/Andrin

Drei Jahre Umbau und nun?

Botanischer Garten Hamborn – eine Zwischenbilanz



von **Charlotte Weyers**
für die Ratsfraktion DIE LINKE im
Umweltausschuss

■ Mit ihrem Entwurf zum Haushalts-sicherungskonzept 2010 wollte die Stadtverwaltung den Kostenaufwand für die beiden Botanischen Gärten in Duissern und Hamborn massiv senken. In Hamborn sollten die Gewächshäuser – Tropen- und Subtropenhaus sowie eine große Kakteenanlage – komplett abgerissen, die arbeitsintensiven Themengärten in einfachere Anlagen umgewandelt und der Pflegestandard erheblich gesenkt werden. Auf diese Weise sollten in 2011 zunächst 250.000, in den darauf folgenden Jahren jeweils 500.000 Euro eingespart werden. Dagegen gab es erhebliche Proteste aus der Bürgerschaft. In kürzester Zeit bildete sich eine Bürgerinitiative, es gab Mahnwachen und Info-Veranstaltungen. Über 8.000 Unterschriften wurden gesammelt. Da half es wenig, dass von Seiten der Verwaltung (damals noch unter OB Sauerland und Umweltdezernent Dr. Greulich) als zusätzliches Argument Sicherheitsbedenken ins Feld geführt wurden. Dann ließ sie die Gewächshäuser in einer Nacht- und Nebelaktion wegen »Einsturzgefahr« kurzerhand schließen, was die Empörung in der Bürgerschaft weiter steigerte. Ein eilig bestelltes Gutachten über die Gefahren wurde während eines Ortstermins mit dem Umweltausschuss als weitgehend aus der Luft gegriffen verworfen.

Die Ratsmehrheit aus SPD, LINKEN und Grünen lehnte den Verwaltungsvorschlag in den beiden Haushaltsrunden 2010 und 2011 ab, weil sie das Konzept als unausgegoren beurteilte, insbesondere für den Hamborner Garten.

Alternative Konzepte

Im Frühjahr 2011 gründete sich ein bürgerschaftlicher Förderverein und stellte ein alternatives Konzept zu den



flickr/Oceanentdecken

hohen Energie- und Unterhaltskosten vor. Die beiden weithin bekannten und im Hamborner Garten ansässigen Aquarianer und Fuchsiensfreunde wollten ihre Bleibe erhalten, waren aber für Veränderungen offen. Mit vereinten Kräften sollte es gelingen, den Hamborner Garten – nicht nur im Duisburger Norden – bekannter und attraktiver zu gestalten. Für Schulklassen wurde ein Konzept »grünes Klassenzimmer« entwickelt, ein Bauern- und Apothekergarten sollte geschaffen werden.

Neugestaltung

Zeitgleich mit dem neuen Haushaltssanierungsplan 2012 wurde schließlich von der rot-rot-grünen Ratsmehrheit das Neukonzept beschlossen. Mit den Beschlüssen wird zunächst ein-

mal Geld für den Umbau in die Hand genommen, die Folgekosten werden sehr viel niedriger sein als zuvor. Noch in 2012 wurden die in die Jahre gekommenen Drahtglasscheiben, insbesondere vom Dach des Tropenhauses, entfernt. Die gut erhaltene Trägerkonstruktion blieb stehen, die Gewächshäuser für Anzucht und Kakteen wurde inzwischen abgerissen. Die Bleibe des Vereins für Aquaristik am früheren Subtropenhaus – das modifiziert erhalten bleibt – wurde auf eine neue Vertragsbasis gestellt. Erhalten bleibt auch die Halle zur Überwinterung der Fuchsien und Kübelpflanzen, deren Glasdach demnächst noch ausgetauscht werden muss. Die Beete wurden nach den Plänen eines Landschaftsarchitekten zu neuen Themen umgestaltet und neu gruppiert. Unter anderem entstanden ein Duftbereich, ein Bereich mit verschiedenen Gräsern und Wildblumen, und zwar ohne den intensiven Pflegebedarf der früheren Anlagen. Erhalten bleiben die Heide-landschaft und der große Steingarten. Ein Bereich wurde für den Bauerngarten hergerichtet. Die bisherige Brachfläche zwischen Beecker Straße und Botanischem Garten wird dem Garten zugeschlagen. Sie erhielt durch Abriss des verfallenen ehemaligen RWE-Bürohauses, komplette Entrümpelung und Neugestaltung einen offenen und einladenden Charakter. Der Zugang von der Beecker Str. aus lockt hofentlich auch Besucher von außerhalb an, beispielsweise IKEA-Kunden. Der gesamte Bereich vor dem ehemaligen

Tropenhaus wurde als mediterraner Bereich neu konzipiert. Das Seerosenbecken wurde repariert und neu isoliert. Viele Bänke wurden erneuert.

Erste Erfolge

Nach den vorbereitenden Arbeiten konnte der Bauerngarten im Juli 2013 durch den rührigen Förderverein bepflanzt werden. Die Stadt hat den Start bezuschusst. Obwohl jahreszeitlich reichlich spät, wurden die Gemüse, Kräuter und Blumen dennoch ein voller Erfolg. Der Garten ist jetzt schon bei der Bevölkerung sehr beliebt.

Inzwischen ist die künftige Orangerie (das alte Subtropenhaus) neu verglast worden, der Innenausbau hat begonnen. Dazu zählt auch eine moderne Toilettenanlage, die die alte am Eingang Hamborner Straße ersetzt. Der mediterrane Bereich nimmt ebenfalls Gestalt an. Nach einem Ortstermin von Umweltpolitikern der LINKEN und der SPD am 31.10.13 mit der Umweltsamtleitung (Herrn V. Heimann) bleibt als Fazit festzuhalten: Das Engagement und die Beharrlichkeit der BürgerInnen und der Ratsmehrheit haben sich gelohnt. Der ursprünglich geplante Fast-Kahlschlag wurde verhindert. Absehbar entsteht eine attraktive und kostengünstigere öffentliche Anlage. Der Duisserner Garten ist inzwischen auch weitgehend umgestaltet worden. Kleinodien unserer Stadt, die Duisburg schöner und grüner machen.



flickr/judith74